



RECHT AUF WOHNEN

HANDBUCH FÜR SCHULWORKSHOPS ZU DEN THEMEN
ZWANGSRÄUMUNGEN, WOHNEN IN WÜRDE UND ARMUT

Lehr- und Übungshandbuch für den Oberstufenunterricht.

AMNESTY
INTERNATIONAL



Amnesty International – das heißt weltweit gegen Unrecht aktiv zu werden. Amnesty ist eine weltweite, von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen unabhängige Organisation. Auf Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird Amnesty International aktiv, wenn es schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zu verhindern oder zu stoppen gilt. 1977 erhielt Amnesty International den Friedensnobelpreis.

Die Stärke von Amnesty liegt im Engagement von mehr als 3 Millionen Mitgliedern in über 150 Ländern: Jung und Alt verschiedenster Nationalitäten und Kulturen beteiligen sich. Sie alle bringen unterschiedliche religiöse und politische Einstellungen und Lebenserfahrungen mit. Aber alle setzen ihre Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein.

Amnesty International finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder nimmt Amnesty nicht an, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

© Amnesty International 2012

Impressum

Autor: Aleksandar Prvulović

Das vorliegende Handbuch umfasst inhaltlich und grafisch adaptiertes Trainingsmaterial folgender Quellen:

Respect my Rights, Respect my Dignity – Education for Human Dignity Resource Pack. Module Two – Housing is a Human Right. Amnesty International, UK: 2012.

Respect my Rights, Respect my Dignity – Education for Human Dignity Resource Pack. Module One – Poverty and Human Rights. Amnesty International, UK: 2011.

Herausgeberin: Amnesty International Österreich

Moeringgasse 10, 1150 Wien

Tel: +43-1-78008-0 / F: +43-1-78008-44

www.amnesty.at

Druck: Eigenvervielfältigung Amnesty International

ZVR: 407 408 993

Ausgabe: September 2012

RECHT AUF WOHNEN

HANDBUCH FÜR SCHULWORKSHOPS ZU DEN THEMEN
ZWANGSRÄUMUNGEN, WOHNEN IN WÜRDE UND ARMUT

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	1
Recht auf Wohnen/Wohnen in Würde	1
Ziele, Zielgruppe und Anwendung des Handbuchs	3
STUNDE 1: WAS SIND DIE FOLGEN VON ZWANGSRÄUMUNGEN?	5
Schritt 1: Was würdest du mitnehmen?	6
Schritt 2: Und was habt ihr mitgenommen?	6
Schritt 3: Fallbeschreibung „Coastei-Straße“	7
Schritt 4: Aktiv werden	7
Schritt 5: Evaluation	8
STUNDE 2: WAS SIND RECHTSWIDRIGE ZWANGSRÄUMUNGEN?	9
Schritt 1: ‚Stimmt‘ oder ‚Stimmt nicht‘?	10
STUNDE 3: WOHNEN IN WÜRDE – ARMUT VS. DAS RECHT AUF WOHNEN	11
Schritt 1: Gruppenarbeit zum Recht auf Wohnen	12
Schritt 2: Austausch und Diskussion	
ÜBUNGS- UND INFORMATIONSBLÄTTER (KOPIERVORLAGEN)	
Fallbeschreibung "Coastei-Straße"	13
Infoblatt "Rechte gegen/bei Zwangsräumungen"	14
Übungsblatt 'Stimmt' oder 'Stimmt nicht'?	15
Fallbeispiele für die Stunde 3	16
Definitionskarten für die Stunde 3	17
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in einfachen Worten	18
ANHANG A: ROLLENSPIEL ZUM THEMA ZWANGSRÄUMUNGEN	20
Schritt 1: Umsetzungstipps/Vorbereitung auf Rollenspiel	20
Schritt 2: Rollenspiel	21
Schritt 3: Plenum	21
Übungsblatt Rollenbeschreibungen	22
ANHANG B: PETITIONSLISTE	24

1 EINLEITUNG

RECHT AUF WOHNEN/
WOHNEN IN WÜRDE

RECHT AUF WOHNEN/ WOHNEN IN WÜRDE

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 25 (1).

Die Idee der Menschenwürde liegt im Herzen dessen was es heißt ein Mensch zu sein. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) legt gleich im ersten Artikel fest: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Aber dieses Ideal muss noch zu einer weltweiten Realität werden. Millionen von Menschen, die in unzulänglichen Wohnverhältnissen leben, wird ein angemessener Wohnraum – Wohnen in Würde – vorenthalten.

Das ‚Recht auf Wohnen‘ ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie in weiteren internationalen und regionalen Menschenrechtsabkommen garantiert. Insbesondere Artikel 11 (1) des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte schreibt das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard einschließlich des Rechts auf adäquates Wohnen fest. Des Weiteren finden sich diesbezügliche Normen aber beispielsweise auch im Internationalen Pakt über politische und bürgerliche Rechte (Artikel 17) und in der Europäischen Sozialcharta. Zusätzlich haben viele Staaten das Recht auf Wohnen in ihren nationalen Verfassungen und einfachen Gesetzen rechtlich festgeschrieben.

Staatliche Verpflichtungen

Jeder Unterzeichnerstaat hat sich freiwillig diesen Menschenrechtsverpflichtungen unterworfen. Es handelt sich nicht um unverbindliche Absichtserklärungen, sondern es werden Menschenrechte garantiert, die kein Staat gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist.

Laut den Vereinten Nationen (UN) beinhaltet das Recht auf angemessenen Wohnraum:

- **Sicherheit des Besitzes**, z.B. durch Urkunden. Aber auch wenn Menschen keine Miet- oder Kaufverträge besitzen, dürfen sie nicht einfach vertrieben werden und müssen immer Rechtssicherheit und Zugang zu Gerichten haben.
- **Zugang** zu sauberem Trinkwasser, Energieversorgung, medizinische Versorgung, sanitäre Anlagen u.a.
- **Bezahlbarkeit** der Unterkunft
- **Bewohnbarkeit**: Schutz vor Kälte, Hitze, Feuchtigkeit, Wind und Regen
- **Erreichbarkeit**: Schulen, Arbeit u.a. müssen in Reichweite der Wohnung liegen.

Dabei müssen die Regierungen ihre BürgerInnen auch vor Menschenrechtsverletzungen seitens Dritter (z.B. VermieterInnen, private Unternehmen, etc.) schützen. Dies umfasst natürlich auch den Schutz vor Zwangsräumungen und erfordert, rechtliche, politische, verwaltungstechnische und finanzielle Instrumente ins Leben zu rufen und anzuwenden.

Darüber hinaus müssen die Staaten marginalisierte Bevölkerungsgruppen, wie die Roma in Europa, schützen und Maßnahmen zu deren Integration treffen. Dies schließt auch eine Verbesserung der Wohnraumsituation ein und umfasst beispielsweise in der Europäischen Union insbesondere den sozialen Wohnbau, die sukzessive Aufhebung von Wohnraumsegregation und verbesserten Zugang zu Dienstleistungen. Regierungsprogramme und -maßnahmen müssen dabei zumindest die Erreichung von Mindeststandards beim Recht auf Wohnen priorisieren, beispielsweise die Prävention von und Gegenmaßnahmen bei Obdachlosigkeit.

RECHT AUF WOHNEN

HANDBUCH FÜR SCHULWORKSHOPS ZU DEN THEMEN
ZWANGSRÄUMUNGEN, WOHNEN IN WÜRDE UND ARMUT

AMNESTY
INTERNATIONAL



Was ist eine rechtswidrige Zwangsräumung?

Bei einer rechtswidrigen Zwangsräumung werden Menschen gegen ihren Willen aus ihren Häusern oder von dem Land, das sie bewohnen, vertrieben. Dies passiert ohne Rücksicht auf bestehende rechtliche Bestimmungen. Meist werden die Betroffenen im Vorhinein weder informiert noch entsprechend in Entscheidungsprozesse eingebunden. Es wird keine angemessene Frist zur Räumung gesetzt, von der Zur-Verfügung-Stellung von entsprechenden Ersatzunterkünften ganz zu schweigen. Oftmals werden von Zwangsräumungen betroffene Menschen in die Obdachlosigkeit gezwungen oder in Gegenden untergebracht, die unbewohnbar sind und keinerlei Infrastruktur bieten.

Das Recht auf Schutz vor rechtswidrigen Zwangsräumungen beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen, die unternommen werden müssen, bevor, während und nachdem eine Zwangsräumung durchgeführt wird:

- frühzeitige Ankündigung des Datums der Räumung;
- Informationen über die geplante Räumung;
- Möglichkeit eines Einspruchsverfahrens;
- Sicherstellung, dass die Betroffenen nicht obdachlos werden;
- Miteinbeziehung der Betroffenen in das Verfahren;
- Sicherstellung, dass im Falle einer Umsiedlung der Schutz vor weiteren Zwangsräumungen, der Zugang zu Dienstleistungen, Infrastruktur, Wasser, Strom und sanitären Anlagen gewährleistet sind.
- Alle Verluste (Eigentum, Land, Güter, etc.) müssen entschädigt werden.

Nach Schätzungen leben weltweit über eine Milliarde Menschen in informellen Siedlungen oder Slums. Jährlich werden hundert-tausende Familien weltweit unter menschenrechtswidrigen Umständen aus ihren Wohnungen vertrieben. Rechtswidrige Zwangsräumungen sind ein weltweites Phänomen und Problem. Amnesty International legt ihren Fokus auf ganz bestimmte Länder, in denen u.a. die schwerwiegendsten und zahlreichsten illegitimen Zwangsräumungen stattfinden, wie: Italien, Rumänien, Nigeria, Kenia, Brasilien, Indien, Kambodscha, Ägypten, Serbien, Türkei, Afghanistan, China, Haiti und Simbabwe.

Auswirkungen von Zwangsräumungen auf die Betroffenen

Zwangsräumungen bedeuten für die Betroffenen nicht nur den Verlust des Daches über dem Kopf. Meist werden sie im Vorhinein weder informiert noch entsprechend in Entscheidungsprozesse mit eingebunden. Oftmals werden von Zwangsräumungen betroffene Menschen in die Obdachlosigkeit gezwungen oder in Gegenden untergebracht, die unbewohnbar sind und keinerlei Infrastruktur bieten. Die Folgen sind meist der Verlust der Arbeitsstelle und damit jeglicher Möglichkeit den Lebensunterhalt zu verdienen. Weiters kommt es oft zu Erkrankungen, mangelnder Schulbildung für die Kinder und weiterer Ausgrenzung. Zwangsräumungen gehen oft mit dem Einsatz von Gewalt einher. Die Verletzung des Rechts auf angemessenes Wohnen ist eine Menschenrechtsverletzung, die meist in Kombination mit weiteren Menschenrechtsverletzungen, wie dem Recht auf Gesundheit, Sicherheit, körperliche Unversehrtheit oder Bildung auftritt.

Rechtswidrige Zwangsräumungen treffen meist Menschen, die aufgrund von Armut oder Diskriminierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Dadurch werden sie für eine Fülle von Verstößen gegen Menschenrechte verletzlich. Die Möglichkeiten, Rechtsbeistand gegen Zwangsräumungen einzuholen, sind meist – aufgrund der exponierten Situation der Betroffenen – sehr beschränkt.



TeilnehmerInnen an einer Veranstaltung im Rahmen der ‚Globalen Aktionswoche gegen Zwangsräumungen in Afrika‘ in Harare, Simbabwe, 2012.

3 EINLEITUNG

ZIELE, ZIELGRUPPE UND ANWENDUNG DES HANDBUCHS

Was sind die Ziele dieses Handbuchs?

Das vorliegende Handbuch hilft Ihnen dabei, Ihren SchülerInnen die Auswirkungen und den Einfluss von (rechtswidrigen) Zwangsräumungen auf das weitere Leben eines betroffenen Menschen zu vermitteln. Es zielt darauf ab, dass junge Menschen lernen, worum es sich bei rechtswidrigen Zwangsräumungen handelt und welche Rechte gegen Zwangsräumungen bestehen sowie welche rechtlichen Standards bei Zwangsräumungen eingehalten werden müssen.

Darüber hinaus sollen die SchülerInnen reflektieren, mit welchen Hindernissen und Schwierigkeiten Menschen, die in unzulänglichen Wohnverhältnissen leben, tagtäglich zurechtkommen müssen. Gleichzeitig fördern die Übungen das Verständnis der Zusammenhänge zwischen dem Recht auf Wohnen und weiteren Menschenrechten.

Ebenfalls hat das Handbuch zum Ziel, dass junge Menschen kritisch hinterfragen lernen, inwiefern Armut und Menschenrechtsverletzungen miteinander verbunden sind sowie inwiefern derartige Menschenrechtsverletzungen die Situation der Menschen in Bezug auf ihre soziale Benachteiligung, Exklusion, Unsicherheit und Machtlosigkeit nochmals verschärfen.

Schließlich sollen die angeführten Übungen im Sinne von Empowerment junge Menschen dabei unterstützen, aktiv gegen rechtswidrige Zwangsräumungen vorgehen und ihre Mitmenschen auf das Thema sensibilisieren.

Zielgruppe

Die Übungen eignen sich insbesondere für den Einsatz in allen Oberstufenklassen. Je nach Reife und Erfahrung Ihrer SchülerInnen können Sie jedoch zumindest die **Stunden 1** und **2** (entsprechend adaptiert) auch im Unterricht mit den dritten und vierten Klassen der Unterstufe einsetzen. Die Inhalte und Übungen lassen sich dabei in mehreren Fächern einbauen, sei es in Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung, Geografie und Wirtschaftskunde, Rechtskunde, im Religions- und Ethikunterricht oder sei es in Form eines Menschenrechtstages an der ganzen Schule.

RECHT AUF WOHNEN

HANDBUCH FÜR SCHULWORKSHOPS ZU DEN THEMEN
ZWANGSRÄUMUNGEN, WOHNEN IN WÜRDE UND ARMUT

Anwendung des Handbuchs und der einzelnen Übungen

Menschenrechte und die Grundhaltungen, die zu ihrer Respektierung und Einhaltung führen, müssen erfahrbar gemacht werden. Dies bedeutet, dass ein Frontalvortrag zwar inhaltliches Wissen vermitteln kann – die Sensibilisierung für die Werte, die dahinter stehen, und eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Thema Menschenrechte wird dabei aber nicht erzielt.

Durch die im vorliegenden Handbuch beschriebenen interaktiven und partizipativen Methoden bzw. Übungen werden sowohl Wissen wie auch Einstellungen und Fähigkeiten vermittelt.

Im Handbuch ‚Wohnen in Würde‘ finden Sie **Stundenbilder** und konkrete Übungsanleitungen, die Ihnen als schnelle und einfache Hilfe für die Durchführung von Unterrichtseinheiten zum Thema Zwangsräumungen und Recht auf Wohnen dienen sollen. Die jeweiligen Stundenbilder können als empfohlene Fahrpläne für die Unterrichtsstunden gesehen werden. Sie als Experte/Expertin können diese empfohlenen Fahrpläne und Inhalte selbstverständlich an Ihren Unterricht anpassen. In diesen Fahrplänen werden die Abläufe der Übungen genau erklärt. Weiters finden Sie auch zahlreiche Umsetzungstipps und geschätzte Zeitangaben für die einzelnen **Schritte**. Die tatsächlich benötigte Zeit wird dabei von der Anzahl der SchülerInnen sowie ihrem Alter und Vorwissen abhängen. Je mehr Zeit Sie für den Workshop einplanen, desto flexibler können Sie agieren und desto vielschichtiger und intensiver können die Diskussionen und die Einzel- und Gruppenarbeiten geführt werden. Wir empfehlen Ihnen, insofern möglich, für jede Workshopstunde 50 Prozent mehr Zeit als angegeben einzuräumen.

Konkret ist das Handbuch in drei Unterrichtsstunden (50 zu je Minuten) eingeteilt, die sich jeweils mit einem wichtigen Teilaspekt des Rechts auf Wohnen befassen:

- **Stunde 1: Was sind die Folgen von Zwangsräumungen?**
- **Stunde 2: Zwangsräumungen verstehen**
- **Stunde 3: Armut vs. Das Recht auf Wohnen**

Je nachdem welchen wie viel Zeit Sie zur Verfügung haben und welchen Schwerpunkt Sie legen wollen, können sie entweder jede Unterrichtseinheit separat durchführen oder einen inhaltlich aufbauenden Workshop anleiten, wobei Sie dabei sowohl mit der **Stunde 1** wie auch mit der **Stunde 3** beginnen können.



4 EINLEITUNG

ZIELE; ZIELGRUPPE UND
ANWENDUNG DES HANDBUCHS

Die letzten beiden Schritte eines jeden Stundenbildes sind ‚Aktiv werden‘ und die Evaluation. Bei zwei oder drei Unterrichtseinheiten empfiehlt es sich beides jeweils ganz am Ende des Workshops durchzuführen.

Aktiv werden:

Die Unterstützungsaktion bzw. das ‚Aktiv werden‘ soll den SchülerInnen die Möglichkeit geben, sich für konkrete Menschen einzusetzen. Das Unterstützen eines Menschen als konkrete Handlung vermittelt ihnen, dass sie handlungsmächtig sind und gegen Unrecht aktiv werden können und lässt sie zudem Verantwortung spüren. Durch die unmittelbare Auseinandersetzung mit einem Fall und der Möglichkeit sich aktiv für einen Menschen in Gefahr und damit auch immer für die Achtung der Menschenrechte generell einzusetzen, wird so effektives und sinnstiftendes Lernen ermöglicht. Die ‚Aktiv werden‘-Anleitung finden Sie im Rahmen der *Stunde 1* auf Seite 8.

Achten Sie bei den vorgeschlagenen Unterstützungsaktionen (auf Seite 8 und im Anhang B auf Seite 24) unbedingt auf das Prinzip der Freiwilligkeit. Diese sollten von den SchülerInnen keinesfalls als verpflichtender Teil des Unterrichts verstanden werden. Sollten Sie nur eine Stunde zur Verfügung haben, so klammern Sie den Schritt ‚Aktiv werden‘ entweder ganz aus oder schlagen Sie die Unterstützungsaktionen als optionale Pausenaktivitäten vor – dies betont nochmals das Prinzip der Freiwilligkeit. Alternativ können Sie auch jene ‚Aktiv werden‘-Übungen, die keine konkreten Unterstützungsaktionen darstellen, als Hausübung aufgeben (Seite 8). Gleichzeitig bleibt Ihnen so mehr Zeit für die anderen Übungen und/oder für die Evaluation.



TeilnehmerInnen eines Workshops im Rahmen des Amnesty International Projekts ‚Bildung für die Würde des Menschen‘, Italien, 2011.

Evaluation:

Falls Sie noch genügend Zeit haben, führen Sie bitte am Ende der Stunde bzw. am Ende des Workshops eine kurze Evaluation durch. Die Evaluation ist ein wichtiger Bestandteil des Lernprozesses. Gleichzeitig sollten die SchülerInnen nach jeder Übung, falls benötigt bzw. gewünscht, die Möglichkeit haben ihre Gefühle und Gedanken auszudrücken. Ein kurzes Feedback der SchülerInnen hilft zudem, es beim nächsten Mal noch besser zu machen. Die Evaluationsfragen/-übungen finden Sie ebenfalls im Anschluss an die *Stunde 1* auf Seite 7/8.

Übungsblätter und Kopiervorlagen:

Im Anschluss an die Übungsanleitungen der *Stunde 3* finden Sie schließlich die Informations- und Übungsblätter, die gleichzeitig auch als Kopiervorlagen dienen.



Jugendliche und junge Erwachsene während einer Evaluationsübung beim Asia Pacific Youth Network Meeting, Hong Kong, 2008.

RECHT AUF WOHNEN

HANDBUCH FÜR SCHULWORKSHOPS ZU DEN THEMEN
ZWANGSRÄUMUNGEN, WOHNEN IN WÜRDE UND ARMUT

AMNESTY
INTERNATIONAL



5 RECHT AUF WOHNEN

STUNDE 1 – WAS SIND DIE FOLGEN VON (RECHTSWIDRIGEN) ZWANGSRÄUMUNGEN?

STUNDE 1: WAS SIND DIE FOLGEN VON ZWANGSRÄUMUNGEN?

ZIELE

- Die Auswirkungen und den Einfluss von (rechtswidrigen) Zwangsräumungen auf das weitere Leben eines betroffenen Menschen nachvollziehen können.
- Verstehen zu lernen, was rechtswidrige Zwangsräumungen sind.

DAUER

45 Minuten

DIESE STUNDE UMFASST FÜNF SCHRITTE

Schritt 1: Was würdest du mitnehmen? (5 Min), S. 6

Schritt 2: Und was habt ihr mitgenommen? (15 Min), S. 6

Schritt 3: Präsentation des „Coastei-Straße“-Falls (20 Min), S. 7

Schritt 4: Evaluation (5 Min), S. 7/8

In der Pause:

Schritt 5: Aktiv werden/Was können wir tun? (5 – 10 Min), S. 8

WAS SIE ALLES BRAUCHEN

- ✓ Fallbeschreibung „Ihr werdet auf die Straße gesetzt werden!“, S. 13
- ✓ Flipcharts und Marker
- ✓ Klebeband
- ✓ Optional: Internetzugang und Fernseher/Beamer
- ✓ Optional: Anleitungs-/ Übungsblätter für Rollenspiel, Anhang B

UMSETZUNGSTIPPS

- ✓ Diese Stunde kann auch in zwei 50-minütige Unterrichtseinheiten aufgeteilt werden. Je mehr Zeit Sie einplanen, desto vielschichtiger und intensiver können die Diskussionen und die Einzel- und Gruppenarbeiten geführt werden.
- ✓ Die **Schritte 1 bis 3** sensibilisieren die SchülerInnen bezüglich der Folgewirkungen einer Zwangsräumung auf das weitere Leben von Betroffenen.
- ✓ Falls Sie noch genügend Zeit haben, führen Sie bitte am Ende der Stunde eine kurze Evaluation durch. Bei zwei oder Unterrichtseinheiten empfiehlt es sich diesen Schritt ganz am Ende des Workshops durchzuführen. Die Evaluationsfragen und –übungen finden Sie im Anschluss an die **Stunde 1** auf **Seite 7/8**.
- ✓ Die vorgeschlagenen Unterstützungsaktionen sollten von den SchülerInnen keinesfalls als verpflichtender Teil des Unterrichts verstanden werden. Sollten Sie nur eine Stunde zur Verfügung haben, so klammern Sie den **Schritt 5** „Aktiv werden“ entweder ganz aus oder schlagen Sie die Unterstützungsaktionen als optionale Pausenaktivitäten vor – dies betont nochmals das Prinzip der Freiwilligkeit. Gleichzeitig bleibt Ihnen so mehr Zeit für die anderen Übungen und/oder für die Evaluation. Bei zwei oder drei Unterrichtseinheiten empfiehlt es sich diesen Schritt ganz am Ende des Workshops durchzuführen.
- ✓ Sollten Sie einen ganzen Vormittag zur Verfügung haben, dann probieren Sie ruhig aus, den Fall in Form eines Rollenspiels aufzuarbeiten. Dies animiert zusätzlich die Diskussion und vertieft das Verständnis für die bei Zwangsräumungen involvierten AkteurInnen, die verschiedenen Interessen sowie die Folgen für die Betroffenen. Die Anleitungs- und Übungsblätter zum Rollenspiel finden Sie im **Anhang A (S. 20 – 23)**.

RECHT AUF WOHNEN

HANDBUCH FÜR SCHULWORKSHOPS ZU DEN THEMEN
ZWANGSRÄUMUNGEN, WOHNEN IN WÜRDE UND ARMUT

Schritt 1: Was würdest du mitnehmen?

Einzelarbeit, Dauer: 5 Minuten

- Bitten Sie die SchülerInnen sich in folgende Situation einzufühlen:

Man sagt dir und deiner Familie, dass du nur fünf Minuten Zeit hast, dein Zuhause zu räumen. Du kannst dabei nur so viel mitnehmen, wie in deinen Rucksack passt. Du wirst zwangsumgesiedelt.

- Bitten Sie die SchülerInnen in Einzelarbeit eine Liste zu erstellen:

- 1) mit Dingen, die sie unbedingt mitnehmen würden.
- 2) mit Dingen, bei denen es ihnen besonders schwer fallen würde, sie zurück zu lassen.

- Sagen Sie ihnen, dass sie hierfür ebenfalls nur fünf Minuten Zeit haben.



Bub aus Neu Pata Rât bei einer öffentlichen Aktion gegen Zwangsräumungen in Cluj-Napoca, Rumänien, Oktober 2011.
© Joshua Gross

Schritt 2: Und was habt ihr mitgenommen?

Gruppenarbeit, Dauer: 15 Minuten

- Bitten Sie nach der Einzelarbeit die SchülerInnen sich nun in 4er-Gruppen zusammen zu tun und ihre Antworten zu vergleichen. Sie sollen anschließend eine gemeinsame Liste von maximal fünf Dingen erstellen, die sie mitnehmen würden und die in einen Rucksack passen.

- Bitten Sie nach 5 Minuten alle SchülerInnen einen Sesselkreis zu bilden. Regen Sie eine Gruppendiskussion an, in dem Sie folgende Fragen verwenden:

1) War es einfach, sich zu entscheiden was ihr mitnehmt und was ihr zurücklässt? Wie habt ihr euch entschieden und warum?

2) Auf welche Dinge konntet ihr euch in der Gruppe einigen, dass ihr diese unbedingt mitnehmen möchtet?

3) Was war besonders schwer zurückzulassen? Wie hat sich das angefühlt?

4) Neben dem Verlust von materiellen Gütern, welche anderen wichtigen Dinge im Leben (FreundInnen, Zugang zu Bildung, etc.) verliert man durch eine Zwangsräumung? Welchen Einfluss hat dies auf unser Leben?

- Fassen Sie die Gruppendiskussion zusammen und bitten Sie die SchülerInnen noch einmal kurz zu reflektieren, was sich alles in ihrem Leben verändern würde, falls sie von einer Zwangsräumung betroffen werden würden.

- Erklären Sie schließlich welche Maßnahmen und Schritte staatliche Behörden vor, während und nach einer Zwangsräumung unbedingt einhalten müssen. Welche Rechte bei und gegen Zwangsräumungen bestehen? Die wichtigsten Informationen hierzu finden Sie im Infoblatt „Rechte gegen/bei Zwangsräumungen“ (S. 14).

➔ Falls Sie zwei Unterrichtseinheiten zur Verfügung haben, verwenden Sie hierzu den *Schritt 1* der zweiten Stunde und präsentieren Sie jetzt den Fall der ehemaligen BewohnerInnen der „Coastei-Straße“ (*Schritt 3*).

7 RECHT AUF WOHNEN

STUNDE 1 - WAS SIND DIE FOLGEN VON
(RECHTSWIDRIGEN) ZWANGSRÄUMUNGEN?

Schritt 3: Fallbeschreibung „Coastei-Straße“

Präsentation/Einzel-/Gruppenarbeit, Dauer: 20 Minuten

- Präsentieren Sie jetzt den SchülerInnen den Fall der ehemaligen BewohnerInnen der Coastei-Straße in der rumänischen Stadt Cluj-Napoca.
 - 1) Sie können hierzu die Fallbeschreibung „Ihr werdet auf die Straße gesetzt werden!“ verwenden.
 - 2) Tragen Sie den Fall entweder selbst vor oder teilen Sie die Fallbeschreibung an die SchülerInnen aus.
 - 3) Alternativ oder ergänzend können Sie auch das Video „Claudias Geschichte“ verwenden, welches die Erinnerungen einer der Betroffenen beinhaltet. Das Video ist unter folgender Adresse online abrufbar: <http://www.amnesty.at/mrbvideos>
 - 4) Sie können auch einen anderen Fall verwenden. Aktuelle Fälle von drohenden/durchgeführten Zwangsräumungen finden Sie auf <http://www.amnesty.at/blitzaktion> bzw. <http://www.amnesty.at/>.
- Bitten Sie nun die SchülerInnen in Zweier- oder Dreiergruppen zusammenzukommen und sich ca. drei Minuten lang über den Fall zu unterhalten: Was hat sie am meisten berührt und warum? Was ist ihnen am stärksten in Erinnerung geblieben und warum (z.B. Aussagen, Szenen)?
- Laden Sie nun die SchülerInnen ein, sich im Plenum über den Fall und ihre Meinungen und Gefühle hierzu auszutauschen. Sie sollen sich dabei wieder an den oben genannten Fragen orientieren.



Eine Frau „rettet“ noch einen Kinderwagen, als sie aus ihrer Wohnung in der Coastei-Straße unrechtmäßig zwangsumgesiedelt wird. Cluj-Napoca, Rumänien, 2010. (© www.citynews.ro)

Schritt 4: Evaluation

Die Evaluation ist ein wichtiger Bestandteil des Lernprozesses. Ein kurzes Feedback der SchülerInnen hilft zudem, es beim nächsten Mal noch besser zu machen.

- Konzentrieren Sie sich drauf, welche Übungen bei den SchülerInnen positiv angekommen sind und welche nicht. Welche Übungen haben den SchülerInnen am meisten gefallen und warum?
- Fragen Sie die SchülerInnen, was sie alles in der/n letzten Stunde(n) gelernt haben und ob sich etwas an ihren Einstellungen geändert hat. Fragen Sie sie auch, ob sie ihre MitschülerInnen, FreundInnen, Verwandte und/oder Bekannte auf das Thema ansprechen werden.
- Sollten Sie zwei oder drei Unterrichtseinheiten zur Verfügung haben, so gestalten Sie bitte die Evaluation etwas länger.
- Probieren Sie auch gerne die beiden angeführten Übungen aus. Mit den Übungen können Sie die Evaluation noch animativer gestalten.



Leiter eines Seminars im Rahmen des Amnesty International Projekts „Human Rights Friendly Schools“, Marokko, 2009.

RECHT AUF WOHNEN

HANDBUCH FÜR SCHULWORKSHOPS ZU DEN THEMEN
ZWANGSRÄUMUNGEN, WOHNEN IN WÜRDE UND ARMUT

AMNESTY
INTERNATIONAL



Evaluationsübungen

■ Übung 1: Aussagen vervollständigen (2 Min/Runde)

- 1) Die SchülerInnen sitzen im Kreis.
- 2) Fassen Sie kurz zusammen, was alles im Workshop gemacht wurde.
- 3) Wählen/Sprechen Sie nacheinander eines der folgenden Aussagenpaare aus und bitten Sie jeweils einzelne SchülerInnen diese zu vervollständigen:
 - Das Beste an der Aktivität war... Das Schlimmste war...
 - Das Interessanteste war... Das Langweiligste war...
 - Über... habe ich mich am meisten geärgert.... hat mir am besten gefallen.
 - Ich hätte mir mehr von... und weniger von... gewünscht.
 - Am besten habe ich mir... zugetraut. Am wenigsten habe ich mir... zugetraut.

Alternativ können Sie die Aussagenpaare auch auf ein großes Flipchart schreiben und die SchülerInnen bitten diese auf einem Blatt zu vervollständigen. Fragen Sie nun die SchülerInnen, wie sie die Aussagen vervollständigt haben. Wenn Sie möchten, können Sie anschließend die Blätter der SchülerInnen einsammeln und diese als eine Art Feedbackbögen auswerten. Teilen Sie dies jedoch vorher den SchülerInnen mit.

■ Übung 2: Ich möchte etwas sagen (10 Min)

- 1) Bereiten Sie drei oder vier Fragen vor, z.B.: „Hat dir der Workshop gefallen?“, „Hast du etwas Neues gelernt?“, „Was hat dir am meisten/wenigsten gefallen?“, „Was würdest du beibehalten/ändern wollen und warum?“, „Wie hast du die Durchführung des Workshops empfunden?“, „Deiner Meinung nach, konntest du viel aktiv mitarbeiten?“, „Wie haben dir die Methoden gefallen?“
- 2) Benennen Sie die vier Wände des Raumes mit ‚Ja‘, ‚Nein‘, ‚Ich weiß nicht‘ und ‚Ich will etwas dazu sagen‘.
- 3) Stellen Sie nacheinander die Fragen. Die SchülerInnen sollen nach jeder Frage zu der Wand gehen, die ihrer Antwort entspricht.

Quellen: <http://kompass.humanrights.ch>

Schritt 5: Aktiv werden

Dauer: 5 – 10 Minuten

- Die vorgeschlagenen Unterstützungsaktionen sollten von den SchülerInnen keinesfalls als verpflichtender Teil des Unterrichts verstanden werden. Sollten Sie nur eine Stunde zur Verfügung haben, so lassen Sie diesen Schritt entweder aus oder schlagen Sie die beiden Aktionen als optionale Pausenaktivitäten vor. Bei zwei oder drei Unterrichtseinheiten empfiehlt es sich diesen Schritt ganz am Ende des Workshops durchzuführen.

Erklären Sie den SchülerInnen, dass sie die BewohnerInnen von Neu Pata Rât in ihrem Eintreten für ihre Rechte und ihre Zukunft unterstützen können. Erkundigen Sie sich ab Januar 2013 ob der Fall noch aktuell ist und unterstützen Sie gegebenenfalls einen anderen Fall. Aktuelle Fälle finden Sie auf <http://www.amnesty.at/>.

- 1) Indem sie Solidaritätsbotschaften (z.B. Solidaritätskarten, Fotobotschaften, etc.) an die Betroffenen schicken, geben Sie diesen neuen Mut und stärken ihnen den Rücken. Schicken Sie bitte die Solidaritätsbotschaften an das Amnesty Büro und wir leiten diese dann weiter:

Amnesty International Österreich, Moeringgasse 10, 1150 Wien; info@amnesty.at; +43-1-78008; Betreff: Cluj-Napoca.

- 2) Alternativ können die SchülerInnen auch die Petitionsliste im Anhang B unterschreiben und damit den Bürgermeister von Cluj-Napoca auffordern, für eine Verbesserung der Lebenssituation der Familien zu sorgen.

- Zusätzlich eignen sich die folgenden beiden Übungen als Hausaufgaben:

- 1) Geben Sie den SchülerInnen die Aufgabe einen Räumungsbescheid zu verfassen/gestalten, mit dem Ziel SchülerInnen anderer Klassen auf das Thema „Rechtswidrige Zwangsräumungen“ aufmerksam zu machen bzw. zu sensibilisieren. Dabei könnte es beispielsweise um die Räumung einer Klasse oder der Schulschleuse gehen.
- 2) Bitten Sie die SchülerInnen nach weiteren Fällen von Zwangsräumungen zu suchen und die Gemeinsamkeiten/Unterschiede zum Coastei-Straße-Fall auszuarbeiten. Fragen Sie auch, welche Aktionen ihnen einfallen, um (in der Schule) auf das Thema aufmerksam zu machen.



STUNDE 2: WAS SIND RECHTSWIDRIGE ZWANGSRÄUMUNGEN?

ZIELE

- Verstehen zu lernen, worum es sich bei rechtswidrigen Zwangsräumungen genau handelt.
- Verstehen zu lernen, welche Rechte gegen Zwangsräumungen bestehen und welche rechtlichen Standards bei Zwangsräumungen eingehalten werden müssen.
- Aktiv gegen rechtswidrige Zwangsräumungen vorzugehen und Mitmenschen auf das Thema sensibilisieren.

DAUER

40 – 60 Minuten

DIESE STUNDE UMFASST DREI SCHRITTE

Schritt 1: ‚Stimmt‘ oder ‚Stimmt nicht?‘ (30 – 35 Min), **S. 10**

Schritt 2: Aktiv werden/Was können wir tun? (5 – 10 Min), **S. 8**

Schritt 3: Evaluation (5 – 15 Min), **S. 7/8**

WAS SIE ALLES BRAUCHEN

- ✓ Übungsblatt „Stimmt oder Stimmt nicht?“, **S. 15**
- ✓ Klebeband
- ✓ Optional: Petition „Stoppt Zwangsräumungen in Rumänien. Jetzt.“, **S. 24**

UMSETZUNGSTIPPS

- ✓ In manchen Fällen werden Sie vermutlich auf eine absolute Zustimmung oder Verneinung der Behauptung treffen, in anderen wiederum wird es verschiedene Meinungen seitens der SchülerInnen geben.
- ✓ Am Ende der Übung ist es wichtig sicherzustellen, dass die SchülerInnen wissen:
 - 1) Was unter einer (rechtswidrigen) Zwangsräumung verstanden wird.
 - 2) Wann und unter welchen Umständen eine Zwangsräumung durchgeführt werden darf.
 - 3) Welche Rechte gegen Zwangsräumungen bestehen und an welche Richtlinien/Standards sich Behörden halten müssen.
 - 4) Welche Maßnahmen Behörden setzen müssen, nachdem eine Zwangsräumung durchgeführt wurde.
- ✓ Verwenden Sie als Unterstützung das **Infoblatt „Rechte gegen/bei Zwangsräumungen“ (S. 14)** und teilen Sie dieses am Ende der Stunde an alle SchülerInnen aus.
- ✓ Diese Stunde kann auch in zwei 50-minütige Unterrichtseinheiten aufgeteilt werden. Je mehr Zeit Sie einplanen, desto vielschichtiger und intensiver können die Diskussionen und die Einzel- und Gruppenarbeiten geführt werden.

Schritt 1: ‚Stimmt‘ oder ‚Stimmt nicht‘?

Dauer: 30 – 35 Minuten

- Bringen Sie auf der einen Seite des Raumes einen Zettel mit der Aufschrift ‚STIMMT‘ und auf der gegenüberliegenden Seite mit der Aufschrift ‚STIMMT NICHT‘ an.
- Erklären Sie den SchülerInnen, dass Sie eine Reihe von Behauptungen vorlesen werden und Sie die SchülerInnen anschließend fragen werden, ob Sie der jeweiligen Behauptung zustimmen oder nicht.
- Bitten Sie die SchülerInnen, dass sie sich eine imaginäre Trennlinie zwischen ‚STIMMT‘ und ‚STIMMT NICHT‘ vorstellen. Lesen Sie nun die Behauptungen einzeln nacheinander vor. Nach jeder Behauptung bitten Sie die SchülerInnen sich je nach ihrer Meinung hierzu im Raum zu positionieren.
- Nachdem die SchülerInnen sich entschieden haben, fragen Sie einzelne, warum sie sich dort wo sie stehen positioniert haben.



AktivistInnen bei einer Veranstaltung im Rahmen der ‚Globalen Aktionswoche gegen Zwangsräumungen in Afrika‘ in Accra, Ghana, 2012.

Schritt 2: Aktiv werden, S. 8**Schritt 3: Evaluation, S. 7/8**

Aktion gegen Zwangsräumungen, Bern, Schweiz, 2011.

STUNDE 3: WOHNEN IN WÜRDE – ARMUT VS. DAS RECHT AUF WOHNEN

ZIELE

- SchülerInnen arbeiten heraus, mit welchen Hindernissen und Schwierigkeiten, Menschen, die in unzulänglichen Wohnverhältnissen leben, tagtäglich zurechtkommen müssen.
- SchülerInnen reflektieren, inwiefern sich unzulängliche Wohnverhältnisse bei verschiedenen sozialen Gruppen auch unterschiedlich auswirken.
- SchülerInnen identifizieren die Zusammenhänge zwischen dem Recht auf Wohnen und weiteren Menschenrechten (z. B. zwischen dem Recht auf Wohnen und dem Diskriminierungsverbot).
- SchülerInnen hinterfragen kritisch inwiefern Armut und Menschenrechtsverletzungen miteinander verbunden sind sowie inwiefern derartige Menschenrechtsverletzungen die Situation der Menschen in Bezug auf ihre soziale Benachteiligung, Exklusion, Unsicherheit und Machtlosigkeit nochmals verschärfen.
- SchülerInnen reflektieren welche Möglichkeiten Menschen, die in Armut leben, haben, um ihre Rechte zu wahren.

DAUER

40 – 65 Minuten

DIESE STUNDEN UMFASSEN DREI SCHRITTE

Schritt 1: Gruppenarbeit zum Recht auf Wohnen (20 – 25 Min), S. 12

Schritt 2: Austausch und Diskussion (10 – 15 Min), S. 12

Schritt 3: Aktiv werden/Was können wir tun? (5 – 10 Min), S. 8

Schritt 4: Evaluation (5 – 15 Min), S. 7/8

WAS SIE ALLES BRAUCHEN

- ✓ Kopien der Fallbeispiele (1 x pro Gruppe), S. 16
- ✓ Kopien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (in Klassenstärke), S. 18/19
- ✓ Flipcharts, Marker, Moderationskarten und Klebestreifen
- ✓ Optional: Kopien der Definitionskarten (in Klassenstärke), S. 17

UMSETZUNGSTIPPS

- ✓ Die Fallbeispiele ermöglichen den SchülerInnen besser zu verstehen, wie verschiedene soziale Gruppen in Slums und informellen Siedlungen unterschiedlichen Herausforderungen ausgesetzt sind. Zugleich zeigen die Beispiele auch auf, dass Menschen, die unter solchen Umständen leben, auch sehr viele ähnliche Probleme und Schwierigkeiten teilen.
- ✓ Diese Stunde kann auch in zwei 50-minütige Unterrichtseinheiten aufgeteilt werden. Je mehr Zeit Sie einplanen, desto vielschichtiger und intensiver können die Diskussionen und die Einzel- und Gruppenarbeiten geführt werden.
- ✓ Den **Schritt 2, 'Aktiv werden'**, können Sie auch in die Pause verlegen. Damit wird auch das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Unterstützung von Aktionen nochmals betont. Gleichzeitig bleibt Ihnen mehr Zeit für den Schritt 1 und/oder für die Evaluation.

Schritt 1: Gruppenarbeit zum Recht auf Wohnen

Dauer: 20 – 25 Minuten

- Schreiben Sie den Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf ein großes Flipchart und befestigen sie dieses an der Tafel:

ARTIKEL 25 - RECHT AUF WOHLFAHRT

1. Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

2. Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

- Erklären Sie den SchülerInnen, dass das Recht auf Wohnen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte angeführt ist und verweisen Sie dabei auf den Artikel 25 – Recht auf Wohlfahrt.
- Teilen Sie die SchülerInnen in drei bis vier Gruppen auf und geben Sie jeder Gruppe einen Fallbeispiel (S. 16). Bitten Sie die SchülerInnen in den Gruppen zu diskutieren und anschließend auf Moderationskarten festzuhalten, welche (weiteren) Rechte, die im Artikel 25 angeführt sind, bei der ihnen zugeteilten Gruppe verletzt sind bzw. dieser vorenthalten werden. Zum Beispiel: wenn jemand in einer Siedlung wohnt, die sehr weit entfernt von öffentlichen Schulen ist, dann ist ihr/sein Zugang zur Bildung womöglich eingeschränkt bzw. versperrt.
 - ➔ Je nach Zeit, die Ihnen zur Verfügung steht, sowie dem Alter und Vorerfahrung Ihrer SchülerInnen, können Sie diese auch bitten in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) weitere Rechte zu identifizieren, die beim ihnen zugeteilten Fall verletzt werden. Die AEMR in einfachen Worten als Kopiervorlage finden Sie auf Seite 18/19.
- Teilen Sie jeder Gruppe ein paar Moderationskarten aus und bitten Sie sie auf jede Karte ein Recht aufzuschreiben.

Schritt 2: Austausch und Diskussion

Plenum, Dauer: 10 – 15 Minuten

- Bringen Sie auf einer Wand (oder dem Boden) einen großen Zettel mit der Aufschrift ‚RECHT AUF ANGEMESSENEN WOHNRAUM‘ an.
- Bitten Sie jede Gruppe nacheinander jeweils nur eine ihrer Moderationskarten auf oder neben dem Flipchart zu befestigen und dabei zu erklären, warum sie dieses Recht (enthalten im Artikel 25 oder in einem anderen Artikel der AEMR) ausgewählt haben. Fragen Sie die jeweiligen Gruppen, warum sie glauben, dass das Recht verletzt bzw. verwehrt wird und inwiefern dies eine Folge von unzulänglichen Wohnverhältnissen ist. Falls andere Gruppen das gleiche Recht ebenfalls identifiziert haben, dann sollen sie ihre Karte zu der/den bereits befestigten anbringen.
- Leiten Sie nun eine Diskussion ein, die sich um den Zusammenhang des Rechts auf Wohnen (und angemessenen Wohnraum) mit weiteren Menschenrechten dreht.
- Fassen Sie am Ende der Übung die Verschränkung des Rechts auf Wohnen mit weiteren Menschenrechten zusammen. Dabei ist es auch wichtig herauszuheben, dass
 - 1) alle Menschenrechte unteilbar sind und gegenseitig ineinandergreifen (Interdependenz).
 - 2) Unzulängliche Wohnverhältnisse u.a. einen gewichtigen Einfluss auf die Gesundheit, Sicherheit, Bildung und Privatsphäre der Betroffenen haben.
- Falls Ihnen noch Zeit bleibt, können Sie nun den SchülerInnen die Definitionskarten zu Mangel, Unsicherheit, Machtlosigkeit und Exklusion (S. 17) vorlesen und dabei auf die jeweiligen Karten/Gedanken der SchülerInnen bzw. die inhaltlichen Zusammenhänge verweisen. Befestigen Sie nun auch die Definitionskarten an der Wand/Tafel und geben Sie den SchülerInnen ein wenig Zeit, weitere Gedanken zu formulieren. Wenn Sie möchten können Sie nun auch das Infoblatt mit den vier Definitionskarten (S. 17) an alle SchülerInnen austeilen.



FALLBESCHREIBUNG „COASTEI-STRASSE“

FÜR DIE STUNDEN 1 UND 2, bitte kopieren und an alle SchülerInnen austeilen

„IHR WERDET AUF DIE STRASSE GESETZT WERDEN!“

Es war an einem bitterkalten Wintertag, am 17. Dezember 2010, im Zentrum der rumänischen Stadt Cluj-Napoca, als mehr als 350 Menschen (76 Familien) ihre Wohnungen innerhalb weniger Stunden durch eine rechtswidrige Zwangsräumung verloren haben. Betroffen waren in allererster Linie Roma. Die einzige Ankündigung der Zwangsräumung von offizieller Seite erhielten die BewohnerInnen knapp zwei Tage zuvor.

Claudia Linda Greta, eine der betroffenen Frauen, erinnert sich nur allzu gut an den traumatisierenden Morgen bei Temperaturen von -20°C:

„Es waren viele PolizistInnen und MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung da, an jenem Morgen, als sie kamen, um unsere Häuser niederzureißen. Ich kann mich daran erinnern, dass es kalt war – eiskalt. Die Polizei begann an alle Türen zu klopfen und die Leute kamen aus ihren Häusern. ‚Ihr werdet auf die Straße gesetzt!‘, rief uns eine Beamtin der Lokalverwaltung immer wieder zu.“

Das Gefühl der Sicherheit im eigenen Heim wie auch die meisten Habseligkeiten von Claudias Familie zerbrachen an diesem Wintermorgen. Sie wurden auf dem Weg nach draußen ruiniert. Ob sie noch was retten konnten? „Wir hatten ein paar Goldfische, die meine Kinder sehr liebten. Wir taten sie in eine Glasschüssel und brachten sie in Sicherheit“, erzählte uns die dreifache Mutter.

Insgesamt wurden 40 Familien in die Nähe von Pata Rât, einem Gebiet am Stadtrand von Cluj, zwangsumgesiedelt. Die ca. 16m² großen Wohneinheiten in „Neu Pata Rât“ befinden sich in der Nähe einer Mülldeponie und einer Chemieverwertungsanlage. An warmen Tagen ist die Luft vom Geruch von Chemikalien durchtränkt. 40 Menschen teilen sich ein Badezimmer, in dem nur kaltes Wasser fließt. Viele Umgesiedelte klagen bereits über die Verschlechterung ihrer Gesundheit.

Ganze 36 Familien erhielten keinerlei Ersatzunterkünfte. Ein Großteil zog bei ebenfalls in Pata Rât lebenden Verwandten ein. Dies hatte erhebliche Überfüllungszustände zur Folge.

In einer der von Amnesty International besuchten Wohnungen teilten sich sogar 13 Menschen einen Raum – davon elf Kinder! Andere errichteten provisorische Unterkünfte neben den neuen Gebäuden. Diese Unterkünfte verfügen über keinen Strom- und Wasseranschluss und keine sanitären Anlagen. Die Menschen können ihre Wohnungen im Winter nicht heizen und müssen frieren. Da ihr Wohnrecht nicht offiziell dokumentiert ist, leben sie in ständiger Gefahr, auch diese Unterkunft erneut durch eine Zwangsräumung zu verlieren.

Einige Betroffene hatten bis zu 20 Jahre lang in der Coastei-Straße im Stadtzentrum von Cluj gewohnt und waren gut in das Stadtleben integriert. Die Unterbringung in Pata Rât hingegen erschwert den Zugang zu Arbeit, Bildung und wichtigen Dienstleistungen: Die Entfernung zur nächsten Schule beträgt neun Kilometer, zum nächsten Einkaufszentrum sind es zehn und zur nächsten Bushaltestelle zweieinhalb Kilometer, die Transportmittel verkehren zudem selten und sind teuer.

Die BewohnerInnen von Neu Pata Rât fürchten, dass die Behörden sie ihrem Schicksal überlassen wollen. Claudia und viele weitere Betroffene gingen zu Demonstrationen, „um gegen Zwangsräumungen und dagegen, dass wir aus unseren Häusern vertrieben wurden“, zu protestieren. Die Familien stellten wiederholt Anträge, mit der Forderung, die schweren Menschenrechtsverletzungen wiedergutzumachen – bisher erfolglos.

Die Menschen geben die Hoffnung und vor allem den Kampf für Gerechtigkeit dennoch nicht auf. Claudias Ehemann ist inzwischen in Frankreich. Er arbeitet, „damit wir ein besseres Leben haben können und aus dieser Mülltonne, in der wir leben, wegkommen.“ Claudia bleibt ebenfalls stark und kämpft für die Zukunft ihrer Kinder:

„Ich bin Romni, aber ich bin auch eine rumänische Bürgerin und ich habe meine Rechte. Du musst stark sein, um so zu leben. Du kannst nicht aufgeben. Du musst für deine Rechte kämpfen. Wenn du die Hoffnung aufgibst, dann verlierst du auch die letzte Hoffnung für deine Kinder.“



INFOBLATT „RECHTE GEGEN/BEI ZWANGSRÄUMUNGEN“

FÜR DIE STUNDEN 1 UND 2, bitte kopieren und an alle SchülerInnen austeilen

RECHTSWIDRIGE ZWANGSRÄUMUNGEN

(Rechtswidrige) Zwangsräumungen sind brutal, erniedrigend und verstoßen gegen eine Reihe von internationalen (Menschen-) Rechten. Bei einer rechtswidrigen Zwangsräumung werden Menschen gegen ihren Willen aus ihren Häusern oder von dem Land, das sie bewohnen, vertrieben.

Dies geschieht ohne Rücksicht auf bestehende rechtliche Bestimmungen. Meist werden die Betroffenen im Vorhinein weder informiert, noch entsprechend in Entscheidungsprozesse eingebunden. Es wird keine angemessene Frist zur Räumung gesetzt, von der Zur-Verfügung-Stellung von entsprechenden Ersatzunterkünften ganz zu schweigen.

Die Betroffenen sind meist arm, sozial ausgegrenzt und nicht einflussreich genug, um sich erfolgreich zu wehren und ihre Rechte einzufordern. Behörden, welche die menschenrechtswidrigen Zwangsräumungen anordnen, stehen oft unter Druck von Wirtschaftsunternehmen. Regelmäßig werden von Zwangsräumungen betroffene Menschen sogar in die Obdachlosigkeit gezwungen oder in Gegenden untergebracht, die unbewohnbar sind und keinerlei Infrastruktur bieten.

Die Folgen sind meist der Verlust der Arbeitsstelle und jeglicher Möglichkeit den Lebensunterhalt zu verdienen, sowie Krankheiten, mangelnde Schulbildung für die Kinder und weitere Ausgrenzung. All dies führt dazu, dass die Menschen noch tiefer in den Teufelskreis der Armut hineingezogen werden.

RECHTE GEGEN ZWANGSRÄUMUNGEN BESTEHEN!

Nach internationalem Recht sind Regierungen dazu verpflichtet, Menschen unabhängig von deren Wohnbesitzverhältnis (d. h. unabhängig davon, ob sie MieterInnen oder EigentümerInnen ihrer Wohnung oder des von ihnen benützten Grundstücks sind, oder ob eine illegale Inbesitznahme vorliegt) vor Zwangsräumungen zu schützen. Das bedeutet, dass sie niemanden einfach so aus seinem/ihrer Haus ausweisen dürfen, bevor nicht eine Reihe von Maßnahmen unternommen wurde:

- Frühzeitige Ankündigung des Datums der Räumung;
- Informationen über die Räumung und Angaben darüber, wofür das Land oder das Haus gebraucht wird;
- Möglichkeit eines Einspruchsverfahrens gegen den Ausweisungsbefehl, inklusive der Information über Rechtsmittel und Rechtshilfe;
- Sicherstellung, dass die Betroffenen nicht obdachlos werden, falls sie sich keine Ersatzunterkunft leisten können;
- Miteinbeziehung der Betroffenen in das Verfahren;
- Sicherstellung, dass im Falle einer Umsiedlung der Schutz vor weiteren Zwangsräumungen, der Zugang zu Dienstleistungen, Infrastruktur, Wasser, Strom und sanitären Anlagen gewährleistet sind. Eine Ersatzunterkunft soll erschwinglich sein, vor Witterungen schützen und darf nicht in der Nähe von Verschmutzungsquellen liegen.
- Alle Verluste (Eigentum, Land, Güter etc.) müssen entschädigt werden.

Eine Zwangsräumung ist immer nur das allerletzte Mittel, wenn alle anderen zur Verfügung stehenden Alternativen ausgeschöpft sind!



ÜBUNGSBLATT ‚STIMMT‘ ODER ‚STIMMT NICHT‘?
FÜR DIE STUNDE 2

‚HausbesetzerInnen‘ haben kein Recht auf dem Grundstück von jemand anders zu bleiben und sollten zwangsgeräumt werden.

Menschen dürfen zwangsumgesiedelt werden, wenn das Land auf dem sie leben für die Errichtung eines Krankenhauses gebraucht wird.

Solange Behörden die Betroffenen vor einer bevorstehenden Zwangsräumung genügend früh und oft warnen, dürfen sie die Zwangsräumung durchführen, wann immer sie wollen.

Wenn Menschen zwangsumgesiedelt werden, muss die Regierung die Schulbildung ihrer Kinder bezahlen.

Jeder Mensch, der von einer Zwangsumsiedlung bedroht ist, hat das Recht auf rechtlichen Beistand, um die Zwangsräumung zu verhindern.

Neben Regierungsbehörden dürfen auch private Unternehmen Zwangsräumungen vornehmen.

Wenn Menschen zwangsumgesiedelt werden, weil ein Unternehmen ihr Land für seine Zwecke braucht, dann liegt es in der Verantwortung des Unternehmens – und nicht der Regierung – die Familien angemessen zu entschädigen.

Wir haben in unserer Gemeinde/Region überhaupt keine Probleme mit Zwangsräumungen.



FALLBEISPIELE

FÜR DIE STUNDE 3, bitte kopieren, ausschneiden und jeweils
1x pro Gruppe austeilen

KENIA

Die alleinerziehende Mutter Flora lebt im Mukuru Kwa Njenga Slum in Kenia. Sie besitzt kein eigenes Haus, sondern mietet eines. Einen erheblichen Anteil ihres Einkommens muss sie für die Miete verwenden. Als sie einmal zu spät dran war mit der Überweisung der Monatsmiete, wurde ihr Vermieter gegenüber ihr gewalttätig. Flora berichtet:

„Mein ehemaliger Vermieter... hat die Miete regelmäßig und je nach Lust und Laune erhöht... Bevor ich das Haus verlassen habe, schuldete ich ihm nur eine Monatsmiete und bereits da wurde er sehr gewalttätig gegenüber mir. Eines Tages zerstörte er gemeinsam mit einigen Jugendlichen meine Haustür und Teile des Dachs. Er warf alle meine Habseligkeiten hinaus und sagte mir, dass ich verschwinden soll. Nachdem ich meine Sachen zurück ins Haus holte, warnte er mich, dass er am nächsten Tag erneut kommen würde und dann wieder alles auf die Straße schmeißen würde... Ich habe am nächsten Tag das Haus verlassen.“

Welche Rechte wurden verletzt?

Quelle: Amnesty International, Risking rape to reach the toilet: Women's experiences in the slums of Nairobi, Kenya.

SLOWENIEN

Danilo Hudurovič, seine Partnerin und ihre drei Kinder leben in der informellen Roma-Siedlung Goriča vas, in der insgesamt 70 Menschen leben. Die Siedlung hat keinen Leitungswasseranschluss, keine Elektrizität, keine Toiletten und keine Kanalisation. Danilo meint:

„Mein vier Jahre alter Sohn muss sehr oft Antibiotika einnehmen, weil er häufig krank wird. Diese Antibiotika müssen im Kühlschrank aufbewahrt werden, aber wir haben keinen Strom! Ich muss dreimal am Tag, auch mitten in der Nacht, zu meiner Stiefmutter fahren, um seine Medizin zu holen. Unser Baby ist nur ein paar Monate alt. Sie ist ständig krank. Ich weiß nicht, wie wir den Winter überleben sollen... Meine Kinder leben ohne Wasser und Strom, unter furchterlichen Bedingungen und ich habe das Gefühl, dass ich nichts dagegen unternehmen kann. Ich bin schon mehrmals zum Bürgermeister gegangen und hab ihn um Hilfe für mich und meine Familie gebeten. Die ganze Siedlung bittet ihn schon seit Jahren um einen Wasserleitungsanschluss zur Siedlung.“

Welche Rechte wurden verletzt?

Quelle: Amnesty International, Parallel lives: Roma denied rights to housing and water in Slovenia.

SIMBABWE

M.K. ist 25 Jahre alt und lebt in Hopley, einer informellen Siedlung außerhalb von Harare, der Hauptstadt von Simbabwe. Sie hatte eine Frühgeburt im siebten Schwangerschaftsmonat und brachte dabei ihren Sohn ganz alleine und ohne dem Beisein von Verwandten oder Bekannten auf die Welt. Erst nach der Geburt konnte sie ihre NachbarInnen verständigen. Das Baby starb am nächsten Morgen als M.K. gerade zur nächstgelegenen Klinik aufbrechen wollte. Da M.K. sich die Gebühr nicht leisten konnte, hatte sie sich auch nicht in einer Geburtsklinik angemeldet.

„Ich glaube, dass mein Baby aufgrund von Blähungen gestorben ist. Mein Sohn ist aber vor allem deshalb gestorben, weil ich ihn nicht in einer Geburtsklinik entbinden konnte und wegen den unhygienischen Bedingungen hier. Ich lebe in einer Baracke.“

Welche Rechte wurden verletzt?

Quelle: Amnesty International, Left behind: The impact of Zimbabwe's mass forced evictions on the right to education.



DEFINITIONSKARTEN

FÜR DIE STUNDE 3, bitte eventuell kopieren, ausschneiden und jeweils an alle SchülerInnen austeilen

A: MANGEL

Das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard verweigert bekommen, u.a. auf angemessenen Wohnraum, auf Nahrung, ärztliche Versorgung und Bildung.

B: UNSICHERHEIT

Das Recht auf körperliche Sicherheit verweigert bekommen, u.a. Schutz vor Polizeigewalt, Gewalt gegen Frauen, Gewalt in der Familie, Gewalt durch Einzelpersonen oder Gruppen.

C: MACHTLOSIGKEIT

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und freien Zugang zu Informationen verweigert bekommen. Das Recht auf politischen Protest und politische Einflussnahme verweigert bekommen.

D: EXKLUSION

Das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe/Partizipation verweigert bekommen. Das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung verweigert bekommen.



ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

FÜR DIE STUNDE 3, bitte eventuell doppelseitig kopieren, ausschneiden und jeweils an alle SchülerInnen austeilen

Artikel 1: Menschenwürde

Wenn man/frau geboren wird, gleich, wie verschieden sie sind, sollen sie gleiche Würde und gleiche Rechte haben. Sie sollen immer gerecht behandelt werden, damit sie lernen, wie man einander mit Güte und Respekt begegnet.

Artikel 2: Diskriminierungsverbot

Du sollst alle Rechte und Freiheiten haben, die in dieser Erklärung aufgeführt sind, unabhängig davon, woher du kommst, welche Hautfarbe und welches Geschlecht du hast, welche Sprache du sprichst, welche Religion du ausübst, welche Ansichten du hast, ob du reich oder arm bist und in welchem Land du lebst.

Artikel 3: Grundlegende Rechte

Du hast das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit.

Artikel 4: Verbot der Sklaverei

Niemand hat das Recht, aus dir einen Sklaven zu machen, und du kannst keinen anderen zu deinem Sklaven machen.

Artikel 5: Verbot der Folter

Niemand darf dich foltern oder auf andere grausame Weise bestrafen oder behandeln, und auch du darfst niemand anderen foltern.

Artikel 6: Anerkennung als Rechtsperson

Wo immer du auch bist, muss das Gesetz dich als Person und nicht als Sache behandeln.

Artikel 7: Gleichbehandlung

Das Gesetz ist für alle gleich und soll für jeden gleich angewandt werden. Gesetze dürfen Menschen aufgrund ihrer Rasse, Hautfarbe oder Lebensart niemals unterschiedlich behandeln.

Artikel 8: Rechtsschutz

Du hast Anspruch auf gesetzlichen Schutz, wenn die Gesetze deines Landes nicht beachtet oder deine eigenen Rechte ignoriert werden.

Artikel 9: Freiheitsrecht

Niemand darf dich ohne Grund in ein Gefängnis stecken oder dich dort festhalten, oder dich ungerechterweise oder ohne Grund aus deinem Land wegschicken.

Artikel 10: Anspruch auf unabhängiges Gerichtsverfahren

Wenn du eine Gerichtsverhandlung hast, soll sie öffentlich stattfinden. Die Leute, die über dich urteilen, sollen sich nicht von anderen beeinflussen lassen.

Artikel 11: Unschuldsvermutung; kein rückwirkendes Strafgesetz

Du sollst solange für unschuldig gehalten werden, bis deine Schuld bewiesen ist, und du hast das Recht, dich gegen jede Anklage bei einer öffentlichen Gerichtsverhandlung zu verteidigen. Du sollst nicht für etwas bestraft werden, was erst nach deiner Handlung durch ein neues Gesetz verboten worden ist.

Artikel 12: Schutz der Privatsphäre

Niemand darf sich gegen deinen Willen in dein Leben, deine Familie, dein Zuhause einmischen. Niemand darf deine Briefe unerlaubt öffnen; und niemand darf über dich Unwahrheiten verbreiten.

Artikel 13: Freizügigkeit

Du hast das Recht, in ein Land zu kommen und es zu verlassen, wie und wo du willst. Du hast das Recht, dein Land zu verlassen und in es zurückzukehren, wenn du willst.

Artikel 14: Asylrecht

Wenn jemand dich verfolgt, hast du das Recht, in ein anderes Land zu gehen und es um Schutz zu bitten. Du verlierst dieses Recht, wenn du ein Verbrechen begangen oder diese Erklärung verletzt hast.

Artikel 15: Staatsangehörigkeitsrecht

Du hast das Recht, einem Land anzugehören und niemand kann dich ohne guten Grund davon abhalten, zu deinem oder irgendeinem anderen Land zu gehören, wenn du es willst.

Artikel 16: Gleichbehandlung der Geschlechter

Wenn du erwachsen bist, hast du das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Es soll nichts geben, was dich daran hindern könnte, eine Person anderer Rasse, eines anderen Landes oder Glaubens zu heiraten. Männer und Frauen haben in der Ehe die gleichen Rechte. Du kannst nicht zur Heirat gezwungen werden. Die Regierung des Landes soll deiner Familie Schutz gewähren.



Artikel 17: Recht auf Eigentum

Du hast das Recht, etwas alleine oder mit anderen gemeinsam zu besitzen. Niemand darf es dir grundlos wegnehmen.

Artikel 18: Gewissens-, Glaubens-, und Meinungsfreiheit

Du hast das Recht, deine eigenen Ansichten zu haben, deinem Gewissen entsprechend zu handeln und deine Religion frei zu wählen; Du darfst die Religion wechseln, andere lehren, und sie ausüben, wenn du willst; entweder alleine oder mit anderen zusammen.

Artikel 19: Informationsfreiheit

Du hast das Recht, frei zu denken und deine Gedanken frei zu äußern. Niemand darf dich davon abhalten, Informationen und Ideen von anderen zu bekommen oder an andere weiterzugeben. Ländergrenzen dürfen dabei keine Rolle spielen. Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen dürfen nicht zensuriert werden.

Artikel 20: Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Du hast das Recht dich, auf friedliche Art zu organisieren, an Treffen teilzunehmen oder in einer Gruppe zusammenzuarbeiten. Du kannst dazu aber nicht gezwungen werden.

Artikel 21: Recht auf Mitwirkung; Wahlrecht

Du hast das Recht, aktiv an den Angelegenheiten deines Landes mitzuarbeiten, indem du der Regierung auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene angehörst oder indem du für Politiker deiner Wahl stimmst. Die Regierung soll frei und durch alle Menschen gewählt sein. Wahlen sollen regelmäßig abgehalten werden und jede Stimme soll gleich zählen.

Artikel 22: Recht auf soziale Sicherheit

Du hast das Recht auf soziale Sicherheit (ein Dach über dem Kopf, genug Geld zum Leben und medizinische Hilfe, wenn du krank bist). Genauso hast du das Recht auf die Möglichkeit Musik, Kunst, Sport, Werken und alles, was dir in deiner Persönlichkeitsentwicklung hilft, auszuwählen.

Artikel 23: Recht auf Arbeit

Du hast das Recht auf Arbeit, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl und auf eine Bezahlung, die dir und deiner Familie ein ehrbares Leben ermöglicht. Männer und Frauen sollen für die gleiche Arbeit gleichen Lohn erhalten. Du hast ein Recht auf Arbeitslosenunterstützung und soziale Sicherheit, soweit notwendig. Du hast das Recht, einer Gewerkschaft zur Wahrung deiner Interessen beizutreten.

Artikel 24: Recht auf Freizeit und Urlaub

Du hast das Recht auf Ruhe und Freizeit, auf eine vernünftige Arbeitszeit und auf bezahlten Urlaub.

Artikel 25: Anspruch auf soziale Fürsorge

Du hast das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und auf Hilfe, wenn du nicht arbeiten kannst, weil es keine Arbeit gibt, weil du krank oder alt bist, weil deine Ehefrau oder dein Ehemann tot ist oder aus sonst einem unverschuldeten Grund. Mütter und Kinder genießen besonderen Schutz. Alle Kinder haben die gleichen Rechte, egal ob ihre Eltern verheiratet sind oder nicht.

Artikel 26: Recht auf Bildung

Du hast das Recht, etwas zu lernen. Die Grundschulbildung soll Pflicht und unentgeltlich sein. Du sollst einen Beruf erlernen können oder die Bildung soweit wie möglich fortsetzen können. In der Schule sollen deine Fähigkeiten gefördert werden und soll das Zusammenleben mit anderen Menschen erlernt werden, unabhängig von ihrer Religion, Rasse oder nationalen Herkunft. Die Erziehung soll die Vereinten Nationen dabei unterstützen, Frieden in der Welt zu schaffen und zu bewahren. Die Eltern haben das Recht, die Schule, in die du gehen willst, auszuwählen.

Artikel 27: Recht auf kulturelle Mitwirkung

Du hast das Recht, am kulturellen Leben teilzunehmen und auf die Verbesserungen des Lebens, die der wissenschaftliche Fortschritt möglich macht. Alles, was man erfindet, schreibt oder herstellt, soll geschützt sein, und man soll davon profitieren können.

Artikel 28: Gerechte internationale Ordnung

Damit die Rechte und Freiheiten im eigenen Land und in der ganzen Welt beachtet werden, muss es eine "Ordnung" geben, die diese Rechte vollständig schützt.

Artikel 29: Gemeinschaftspflichten

Hier geht es darum, dass du anderen Menschen gegenüber Pflichten hast. In einer demokratischen Gesellschaft sollen die eigenen Rechte und Freiheiten nur soweit eingeschränkt sein, wie es zum Schutz der Rechte und Freiheiten von anderen notwendig ist.

Artikel 30: Auslegungsregel

Keine Regierung, Organisation oder Person darf die Rechte und Freiheiten dieser Erklärung zerstören.



ANHANG A: ROLLENSPIEL ZUM THEMA ZWANGSRÄUMUNGEN

Umsetzungstipps

- Das Rollenspiel basiert auf einem realen Fall. Sie können jedoch gemeinsam mit Ihren SchülerInnen eine eigene Fallstudie entwickeln, die womöglich mehr den Bedürfnissen und aktuellen Lebenslagen Ihrer SchülerInnen entspricht.
- Stellen Sie sicher, dass jede/r Schüler/in eine Kopie der Fallbeschreibung „Coastei-Straße“ (S. 13) sowie eine Kopie der jeweiligen Rollenbeschreibung (S. 22/23) bekommen hat. Fragen Sie auch bei jeder Gruppe nach, ob sie ihre Rolle verstehen.
- In das Rollenspiel selbst sollten Sie sich so wenig wie möglich einmischen, um den Gruppen mehr Raum zu geben aufeinander zu reagieren.
- Sollte Ihre Klasse zu groß sein, dass alle SchülerInnen aktiv am Rollenspiel teilnehmen können, dann
 - 1) bitten Sie die Gruppen, sich jeweils auf 1-2 DiskussionsteilnehmerInnen zu einigen.
 - 2) teilen Sie die zuschauenden SchülerInnen in vier Gruppen auf. Jede Gruppe bekommt die Aufgabe, eine/n bestimmte/n Darsteller/in genauer zu beobachten. Sie sollen sich dabei z.B. an folgenden Fragen orientieren: Welche Argumente wurden angeführt? Welche Argumente haben am meisten überzeugt? Wurde ein Bezug zu Menschenrechten hergestellt? Welche Aussage bleibt am meisten in Erinnerung?
 - 3) Alternativ können die ZuschauerInnen in sieben Gruppen eingeteilt werden, wobei vier Gruppen die DarstellerInnen beobachten und die restlichen drei Gruppen kleine Zeitungsredaktionsteams bilden. Diese Gruppen beobachten die gesamte Diskussion und überlegen sich im Anschluss an diese einen Titel bzw. eine Schlagzeile für einen Artikel. Diese Gruppen können Zeitungen unterschiedlicher Ausrichtung repräsentieren (z.B. Boulevardzeitung, Qualitätstageszeitung, Amnesty Journal).

Schritt 1: Vorbereitung auf Rollenspiel

Einzelarbeit/Gruppenarbeit, Dauer: min. 30 Minuten

- Bitten Sie die SchülerInnen die Fallbeschreibung „Coastei-Straße“ (S. 13) aufmerksam durchzulesen.
- Erklären Sie den SchülerInnen, dass es das Ziel des Rollenspiels ist,
 - a) die einzelnen involvierten AkteurInnen und ihre Handlungsmotive besser zu verstehen.
 - b) herauszuarbeiten, welche konkreten Maßnahmen gesetzt werden können, um die Lebensbedingungen von Betroffenen von Zwangsräumungen zu verbessern.
- Teilen Sie nun die SchülerInnen in vier möglichst gleich große Gruppen auf, wobei Sie jedem Gruppenmitglied eine Kopie der jeweiligen Rollenbeschreibung (S. 22/23) austeilen.
- Erklären Sie den SchülerInnen, dass die BewohnerInnen der Coastei-Straße in der rumänischen Stadt Cluj-Napoca zwangsumgesiedelt wurden. Das NGO-Personal, welches sich für das Recht der Betroffenen auf angemessenen Wohnraum einsetzt, hat eine **Gemeindeversammlung** einberufen. Bei der Versammlung sollen alle Interessensparteien zusammen kommen, um über das vorliegende Problem zu diskutieren und einen **Aktionsplan** zur Unterstützung der ehemaligen BewohnerInnen der Coastei-Straße auszuarbeiten. Die VertreterInnen der „Mehrheitsbevölkerung“ und jene der staatlichen Behörden vom Ministerium für Wohnen und der Stadtverwaltung werden die Position verteidigen, dass die Durchführung der Zwangsräumung gesetzeskonform war und die Betroffenen fair behandelt wurden.
- Alle in dem Fall involvierten AkteurInnen (VertreterInnen der Roma-Community, NGO-Personal, VertreterInnen von staatlichen Behörden, Menschen aus der „Mehrheitsbevölkerung“) sowie ihre Motive sind in den Rollenbeschreibungen näher dargestellt.
- Geben Sie den Gruppen mindestens 30 Minuten Zeit, um sich auf das Rollenspiel bzw. die Gemeindeversammlung vorzubereiten.



Schritt 2: Rollenspiel

Dauer: max. 30 Minuten

- Bilden Sie für die Gemeindeversammlung einen Sitzkreis, bei dem sich alle DiskussionsteilnehmerInnen gegenseitig ohne Einschränkung sehen können. Alle Mitglieder einer Gruppe sitzen jeweils zusammen bzw. nebeneinander.
- Führen Sie das Rollenspiel durch.
- Beenden Sie nach 30 Minuten die Gemeindeversammlung, auch wenn sich die Gruppen noch nicht auf einen Aktionsplan geeinigt haben.

Schritt 3: Plenum

Dauer: max. 30 Minuten

- Leiten Sie im Anschluss an das Rollenspiel eine Diskussion ein. Folgende Fragen sollten dabei als Leitfaden dienen:
 - 1) Wie hast du dich in deiner Rolle gefühlt?
 - 2) Als Teil der Roma-Community, hattest du das Gefühl, dass dir zugehört wurde? Warum nicht?
 - 3) Welchen Standpunkt hatte die Regierung im Rollenspiel/ in der Versammlung? Glaubst du, dass dies eine typische Situation ist? Warum?



Claudia mit einem ihrer Kinder, Pata Rât, Cluj-Napoca, Rumänien, 2011 © Joshua Gross.



Roma aus Pata Rât, Cluj-Napoca, Rumänien, 2011
© Joshua Gross.

- 4) Welche Schritte könnte die Regierung unternehmen, um die Lebensbedingungen der Roma-Community im Rollenspiel zu verbessern? Wer ist verantwortlich? Was kann unternommen werden, um sicherzustellen, dass Roma ihre Rechte in Anspruch nehmen können?
 - 5) Welche Rolle können Nichtregierungsorganisationen (NGOs) spielen, wenn die Gefahr einer Zwangsräumung besteht?
 - 6) Welche Rolle sollte die Roma-Community (oder die Betroffenen von der Zwangsräumung) zuerkannt bekommen?
 - 7) Kann die Mehrheitsgesellschaft eine positive Rolle einnehmen? Wie?
 - 8) Was ist deiner Meinung nach nötig, um den Dialog zwischen den verschiedenen Interessensgruppen zu verbessern?
 - 9) Inwiefern spiegelt die Situation der Roma im Rollenspiel sehr ähnliche Folgen von Zwangsräumungen bei anderen Betroffenen wider?
- Fassen Sie die Diskussion zusammen und streichen Sie dabei auch die einzelnen Rollen nochmals heraus. Weisen Sie ebenfalls auf die Schwierigkeiten und Herausforderung hin, die es überwinden gilt, wenn Menschen miteinander diskutieren und zusammen arbeiten.

ROLLENBESCHREIBUNGEN

bitte kopieren, ausschneiden und jeweils 1x pro SchülerIn austeilen

VertreterInnen der Roma-Community

Deine Gruppe repräsentiert die Roma-Community bzw. jene Roma-Familien, die aus der Coastei-Straße zwangsumgesiedelt wurden. Ihr wurdet gezwungen eure Wohnungen im Zentrum der Stadt zu verlassen und an den Stadtrand von Cluj-Napoca zu ziehen, mehrere Kilometer von Arbeitsplätzen und Schulen entfernt. Jedes Mitglied deiner Gruppe kann einen eigenen Charakter spielen, wie zum Beispiel eine/n Jugendliche/n, ein Familienoberhaupt, den/die oberste Vertreter/in der Community, eine/n Arbeiter/in, etc. Deine Gruppe sollte eine Vielzahl an unterschiedlichen Männern und Frauen sowie Jugendlichen und Erwachsenen repräsentieren.

Wie auch in der Fallbeschreibung ersichtlich, sind die ehemaligen BewohnerInnen der Coastei-Straße mit ihren Ersatzunterkünften keinesfalls zufrieden. Da die Situation so aussichtslos scheint, zögern darüber hinaus einige Mitglieder der Community auch der NGO zu vertrauen, die ihnen ihre Hilfe anbietet.

Bei der Gemeindeversammlung müsst ihr eure jetzige Situation und Lebensbedingungen mit den anderen TeilnehmerInnen teilen. Es ist entscheidend, dass ihr es schafft, dass die Menschen verstehen, was eure Community durchgemacht hat. Was ihr alles an Negativem erlebt habt. Was ihr braucht.

Überlegt euch gut, was ihr unbedingt in die Diskussion einbringen wollt. Welche Argumente ihr anführen wollt. Ihr könnt beispielsweise auf den Ablauf der Zwangsräumung hinweisen, wie auch auf eure jetzige Wohn- und Lebenssituation und/oder aber auch auf eure Forderungen und auf das bisherige Handeln der staatlichen Behörden.

NGO-Personal

Deine Organisation arbeitet zum Thema (rechtswidrige) Zwangsräumungen sowohl auf der lokalen als auch auf der internationalen Ebene. Zu euren Hauptaufgaben zählen das Untersuchen von Menschenrechtsverletzungen, Kampagnen- und Lobbyingarbeit, sowie Menschenrechtsbildung. Ihr müsst eurer Organisation einen Namen geben. Ihr arbeitet mit der Roma-Community bereits seit einigen Monaten zusammen.

Eure Rolle bzw. Aufgabe ist es, einen Dialog zwischen der Roma-Community und den VertreterInnen der staatlichen Behörden sowie der Mehrheitsbevölkerung in den Gang zu bringen und zu leiten. Dabei bringt ihr auch Informationen und Vorschläge in die Diskussion ein, welche die Roma-Community dabei unterstützen, ihre Rechte wahrnehmen zu können.

Für die Gemeindeversammlung bereitet ihr ein paar Fragen an die Roma-Community vor. Die Fragen sollen sich dabei auf ihre aktuelle Wohn- und Lebenssituation beziehen sowie darauf, wie die Zwangsräumung genau durchgeführt wurde und was die Regierung derzeit unternimmt, um den Betroffenen zu helfen. Fragt bei den VertreterInnen der Roma-Community nach, was ihre Bedürfnisse sind und ob sie selbst Lösungsvorschläge haben. Gleichzeitig könnt ihr selbst ein paar Forderungen an die Regierung vorbereiten. Diese Forderungen sollen sowohl kurzfristig als auch langfristig notwendige Maßnahmen umfassen.

Ebenfalls ist es wichtig, dass ihr kurz darstellt, welche konkreten Aktivitäten/Schritte eure Organisation setzen kann, um die Roma-Community dabei zu unterstützen, zu angemessenen Lösungen zu kommen.



VertreterInnen staatlichen Behörden

Die Stadtverwaltung von Cluj-Napoca hat die Zwangsräumung der Coastei-Straße im Zentrum der Stadt durchgeführt. Eure Rolle ist es die Position der Regierung zu verteidigen. Dabei vertritt ihr zwei verschiedene staatliche Behörden: eine nationale, das Ministerium für Wohnen; und eine lokale, die Stadtverwaltung. Womöglich haben die beiden Behörden unterschiedliche Verantwortungs- und Aufgabenbereiche. Beide Behörden versuchen dabei, sich möglichst jeglicher Verantwortung zu entziehen. Dennoch müssen sie auch vor allem vor den VertreterInnen der NGO und der Mehrheitsbevölkerung einen guten Eindruck machen. Beide Behörden möchten in der Öffentlichkeit nicht negativ wahrgenommen werden und wollen einfach nur, dass das Problem verschwindet bzw. in Vergessenheit gerät oder sich von alleine löst. Ihr betrachtet die Roma-Community als ein Problem und nicht als Teil der Lösung.

Ihr müsst für die Gemeindeversammlung eine Erklärung zur durchgeführten Zwangsräumung vorbereiten. Bereitet euch darauf vor, die Handlungen und unterlassenen Handlungen der staatlichen Behörden zu verteidigen und zu rechtfertigen. Ihr behauptet, dass die Probleme der Roma-Community gar nicht so schlimm seien und dass ihr ihnen angemessene und rechtskonforme Alternativen angeboten hättet. Ihr versucht die Maßnahmen und Anstrengungen, welche die Regierung unternehmen kann/soll/wird, möglichst gering zu halten, indem ihr immer sehr ungenau bei Zusagen und Ankündigungen von Vorhaben bleibt. Ebenfalls versucht ihr keine Verantwortung für etwas zu übernehmen und verweist immer wieder auf mangelnde finanzielle Ressourcen. Ihr wendet euch vor allem an die NGO und die VertreterInnen der Mehrheitsbevölkerung und kaum an die VertreterInnen der Roma-Community.

VertreterInnen der Mehrheitsgesellschaft

Ihr unterstützt die Argumente und die Position der Regierung. Ihr habt Vorurteile gegenüber den Roma. Ihr möchtet nicht, dass ehemaligen BewohnerInnen der Coastei-Straße Ersatzunterkünfte in eurer unmittelbaren Nähe (bspw. in eurer Siedlung) bekommen.

Eurer Meinung nach ist es besser, dass sie dort bleiben, wo sie gerade sind, ganz egal unter welchen Umständen sie leben müssen. Außerdem seid ihr der Überzeugung, dass Roma sowieso auf diese Art und Weise leben möchten.

Ihr seid der Überzeugung, dass die Roma-Community eine Gefahr für die Stadt ist, weil alle Roma Diebe und BettlerInnen sind.

Manche von euch werden womöglich während der Versammlung die eigene Meinung ändern. Dies hängt jedoch davon ab, welche Informationen und Argumente angeführt werden. Im Allgemeinen seid ihr jedoch nicht der Meinung, dass Angehörige der Roma-Community dieselben Rechte besitzen wie ihr.



STOPPT ZWANGSRÄUMUNGEN IN RUMÄNIEN. JETZT.

Dear Mayor,

I am deeply concerned about the situation of the 76 families, forcibly evicted from Coastei Street in December 2010, and relocated to New Pata Rât area on the outskirts of the city, next to a garbage dump and a former dump for chemical waste. The housing units provided to some of the families fall short of the requirements of adequate housing. The other families were simply left homeless. For two years now, nothing has been done to improve the situation of these families.

I urge you to:

- > Develop long-term alternative housing plans and provide effective remedies and reparation in genuine consultation with all families from the New Pata Rât.
- > In the short-term address the urgent needs of the families by:
 - minimum security of tenure and providing adequate access to utilities like water, sanitation and electricity to those families living in improvised housing;
 - addressing the problem of overcrowding and access to utilities for the families living in the provided housing units;
 - guaranteeing adequate access to services (transport, education and health-care) for all inhabitants of the Pata Rât area.

Yours respectfully,

Ich möchte keine weiteren Informationen von
Amnesty International Österreich erhalten.

Vor-/Zuname	Adresse	PLZ/Ort	E-Mail (optional)	Telefon (optional)	Unterschrift

Alle persönlichen Angaben werden gemäß Österreichischem Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000), vertraulich behandelt und nur mit ausdrücklicher Zustimmung im Einzelfall an Dritte weitergegeben. Sie stimmen hiermit durch die Bekanntgabe ihrer Daten einer Verarbeitung und Verwendung durch Amnesty International zu internen Zwecken und der Zusendung von Informationsmaterial ausdrücklich zu. Sie können einer weiteren Verwendung Ihrer Daten jederzeit widersprechen. Sie erteilen durch Unterzeichnung der Petition Ihre Zustimmung, dass mit der Vorlage der Petition Daten in das Ausland (an die verantwortlichen AdressatInnen der Petition) übermittelt werden und nehmen zur Kenntnis, dass AI keinen Einfluss darauf hat, ob und gegebenenfalls wie die Daten im Ausland weiter verwendet werden.

Die Unterschriften werden von Amnesty International an den Bürgermeister von Cluj-Napoca weitergeleitet. **Die Petitionslisten müssen bis spätestens 31. Oktober 2012 an das Amnesty Büro zurückgeschickt werden. Bitte die Petitionslisten nach diesem Zeitpunkt nicht mehr verwenden.**

RECHT AUF WOHNEN

HANDBUCH FÜR SCHULWORKSHOPS ZU DEN THEMEN ZWANGSRÄUMUNGEN, WOHNEN IN WÜRDE UND ARMUT

Lehr- und Übungshandbuch für den Oberstufenunterricht.

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 25 (1).

Die Idee der Menschenwürde liegt im Herzen dessen was es heißt ein Mensch zu sein. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) legt gleich im ersten Artikel fest: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Aber dieses Ideal muss noch zu einer weltweiten Realität werden. Millionen von Menschen, die in unzulänglichen Wohnverhältnissen leben, wird ein angemessener Wohnraum – Wohnen in Würde – vorenthalten.

Das vorliegende Handbuch hilft Ihnen dabei, Ihren SchülerInnen die Auswirkungen und den Einfluss von (rechtswidrigen) Zwangsräumungen auf das weitere Leben eines betroffenen Menschen zu vermitteln. Es zielt darauf ab, dass junge Menschen lernen, worum es sich bei rechtswidrigen Zwangsräumungen handelt und welche Rechte gegen und bei Zwangsräumungen bestehen. Darüber hinaus lernen die SchülerInnen reflektieren, mit welchen Schwierigkeiten Menschen, die in unzulänglichen Wohnverhältnissen leben, tagtäglich zurechtkommen müssen. Gleichzeitig fördern die Übungen das Verständnis der Zusammenhänge zwischen dem Recht auf Wohnen und weiteren Menschenrechten wie auch zwischen Armut und Menschenrechtsverletzungen. Schließlich sollen die Übungen im Sinne von Empowerment junge Menschen dabei unterstützen, aktiv gegen rechtswidrige Zwangsräumungen vorgehen und ihre Mitmenschen auf das Thema sensibilisieren.

Die Übungen eignen sich insbesondere für den Einsatz in allen Oberstufenklassen. Je nach Reife und Erfahrung der SchülerInnen können einige der Übungen (entsprechend adaptiert) auch im Unterricht mit den dritten und vierten Klassen der Unterstufe eingesetzt werden. Die Inhalte und Übungen lassen sich dabei in mehreren Fächern einbauen, sei es in Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung, Geografie und Wirtschaftskunde, Rechtskunde, im Religions- und Ethikunterricht oder sei es in Form eines Menschenrechtstages an der ganzen Schule.

September 2012